

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Hochwasserkatastrophe in Bayern und im Osten Deutschlands schockiert uns alle. In Gedanken sind wir bei den Menschen, die nun um ihr Hab und Gut, um ihre Existenz kämpfen. Für uns ist völlig klar, dass wir so schnell, so umfangreich und zielgerichtet helfen müssen, wie es nur geht. Wir wollen dazu einen Hilfsfonds wie 2002.

Zur Wahrheit gehört dabei, dass viele Kommunen ausbluten, sie haben kein Geld, um sich umfangreich gegen Hochwasser zu präparieren. Die SPD steht klar an der Seite der Kommunen und will sie finanziell auf eine tragfähigere Grundlage stellen. Mehr dazu findest du in den Artikeln in diesem Newsletter.

Der Verteidigungsminister steht massiv unter Druck, weil er zu wenig und zu spät informiert war über das millionschwere Drohnen-Desaster in seinem Haus. Dass er sein Versagen auf seine Mitarbeiter schiebt, hätte ich mir bei dem preußisch geprägten de Maizière nicht vorstellen können; aber so kam es. Dabei ist ein Minister immer politisch verantwortlich. Dafür ist er da. Das Ministerium würde auch ohne ihn arbeiten. Die Aufgabe des Ministers ist die Verantwortung. Wir werden diesem Fall weiterhin gründlich nachgehen und aufklären, wie es sein kann, dass eine halbe Milliarde Euro einfach so versenkt wurde.

Am Donnerstag entschied das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Urteil, dass das Ehegattensplitting auch für homosexuelle Lebenspartnerschaften gelten muss. Die SPD-Fraktion hatte das schon lange gefordert. Ein weiteres Mal wird die ignorante Regierung in ihrer Haltung korrigiert. Es ist unfassbar, dass immer wieder ein Gericht dieser Koalition klarmachen muss, wie man mit Menschen, mit Minderheiten umgeht, nämlich dass alle gleich viel wert sind.

Am vergangenen Wochenende hatte die Bundeskanzlerin Merkel in einem Interview nebenbei viele bis dahin geltende Beschlüsse ihrer Partei über Bord geworfen, um den Menschen kurz vor der Wahl unbezahlbare und verlogene Wahlversprechen zu machen. Mal abgesehen davon, dass vieles von der SPD geklaut ist (was beweist, dass wir die besseren Konzepte haben), ist es in der Form, wie Merkel es will, aber nicht finanzierbar. Doch dazu von ihr kein Wort. Dabei hat ihre abgewirtschaftete Regierung 100 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft. Stattdessen schwadronierte sie in einem weiteren Interview, wir säßen alle im selben Boot. Schon, nur dass in diesem Boot das Volk rudern muss und die Regierung angelt.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JOHANNA AGCI, ALEXANDER AMERSBERGER, LINA BELING, TERESA  
BÜCKER, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL  
**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 07.06.2013 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: De Maizière voll auf Drohne	11	Gute Ausbildung statt Nachwuchssorgen
03	Aktuelle Stunde: Merkels Wahlgeschenke	12	Reisen ohne Grenzen
04	Das giftige System Steuerbetrug	12	Frühwarnsystem für Verbraucherprobleme
06	Hilfsfonds beim Hochwasser	13	Nie wieder Methode Gorleben
07	Soziale Wohnungspolitik bleibt Kernthema	15	Kein Ausverkauf von Königspythons und Co.
08	Rechtsunsicherer WSV-Umbau	16	Wenn Arzneimittel knapp werden
09	Bürokratie für den Mittelstand abbauen	17	Wege zu nachhaltigem Wohlstand
10	Aussagekräftige Kriminalstatistiken schaffen	18	Betriebsrätekonferenz
10	Endlich Azubi!	19	Kommunalkongress

## TOP-THEMA

### De Maizières Drohnen-Debakel: „Dieser Minister ist entzaubert!“

Die Drohnen-Affäre ist für Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) nach Ansicht der SPD längst nicht ausgestanden – im Gegenteil.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, sagte am Mittwoch nach dem Auftritt des Ministers im Verteidigungsausschuss des Bundestages: "Es ist inzwischen eindeutig: Wir stehen ganz am Anfang der Klärung vieler wichtiger Fragen." Mit Blick auf Äußerungen de Maizières, er behalte sich personelle Konsequenzen vor, fragte Arnold: "Was meint er mit Konsequenzen - seinen eigenen Rücktritt?"

In einer von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde im Parlament konstatierte Arnold, dass de Maizière offenbar jahrelang nicht wusste, was in seinem Haus eigentlich passiert. Das nun auf Mitarbeiter zu schieben - wie de Maizière es angedeutet hatte - sei "schäbig". Arnold entlarvte die Strategie des Ministers, so zu tun, als habe er mit nichts zu tun. Der Verteidigungsexperte fragte auch, worüber in der Leitungsebene eigentlich geredet werde, wo doch alle Großprojekte auf den Prüfstand sollten? Für ihn ist eindeutig, dass de Maizière ab der Staatssekretärebene "politisch verantwortlich" sei. Er forderte unter Applaus den Minister zum Rücktritt auf.

#### Warum Werbung bei der Nato für ein fehlerhaftes Projekt?

Hans-Peter Bartels konstatierte, dass zwar noch eine lange Liste an Fragen offen sei, eines aber sei eindeutig: "Dieser Minister ist entzaubert". Das Akkurate, das Preußisch-Korrekte, mit dem Thomas de Maizière gern kokettiere, gebe es in Wirklichkeit gar nicht. Im Gegenteil: "Er überblickt den Gesamtzusammenhang in seinem Haus nicht." Bartels fragte den Minister, wie er bei der Nato noch unlängst Werbung für das Drohnenprojekt machen konnte, wenn sein Ministerium doch von den Fehlern wusste? Bartels: "Sie tragen die Verantwortung. Sie werden ihr nicht gerecht. Ziehen Sie die Konsequenzen."

Bernhard Brinkmann gestand der Regierungskoalition zu: "Dass Sie bei einem solch sensiblen Thema Nebelkerzen werfen, ist verständlich". Jedoch: Den entscheidenden Punkt könnten sie nicht verhehlen, nämlich die Tatsache, dass dem Verteidigungsministerium offenbar seit November 2011 bekannt war, dass im Rahmen des Entwicklungsvertrages des Euro Hawk nicht abschätzbare Risiken vorherrschten. Und das fiel in die Zeit von drei Unionsverteidigungsministern: Jung, Guttenberg und eben de Maizière. Er fragte, warum man den Minister erst am 13. Mai dieses Jahres darüber informiert habe? Es gehe letztlich darum, dass seit 19 Monaten bekannt war, dass es im Rahmen des Beschaffungsverfahrens keine Zulassung für die Drohne geben wird. Brinkmann verwies auch auf die Informationsdefizite gegenüber dem Bundesrechnungshof (geschwärzte Dokumente).

SPD-Fraktionsvize Gernot Erler stellte am Mittwoch klar: "Dieser Verteidigungsminister hat bei seinen Amtspflichten dramatisch versagt. Dem Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt in unserem Land ist die Führung seines Ministeriums offenbar über Monate völlig entglitten. Für ein Projekt dieser Größenordnung trägt der Minister die politische Verantwortung – niemand sonst. Er ist deshalb im Amt nicht mehr zu halten."

Der Ressortchef de Maizière sei in seinem Amt nicht mehr zu halten, sagte auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider: "Für das Versagen seines Ministeriums und seine persönliche Nachlässigkeit kann er nicht nur ein Bauernopfer bringen. Herr de Maizière muss die politische Verantwortung selbst übernehmen und zurücktreten." Für den weiteren Umbau der Bundeswehr und die Neustrukturierung der Beschaffungsvorhaben besitze de Maizière nicht mehr die notwendige Autorität, meinte Schneider.

*Aktuellste Entwicklung: Thomas de Maizière hat womöglich entgegen eigener Einlassungen doch schon früher über die Drohnen-Problematik Bescheid gewusst. Hintergrund ist ein Bericht des „Donaukuriers“, nach dem der Minister ein Scheitern des Euro Hawk früher erahnt haben soll, als bisher angenommen.*

## AKTUELLE STUNDE

### Steinmeier: „Merkel organisiert den Stillstand“

An diesem Donnerstag haben die Redner der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde die sozialpolitischen Wahlversprechen der Kanzlerin debattiert.

„Die Kanzlerin hat die Maske fallen lassen, und wir alle waren Zeugen“, eröffnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die Aktuelle Stunde. Die Kanzlerin und ihre Anhänger machten sich zu Wiederholungstätern. Die Versprechen vom Wochenende sei eine Wiederholung des Wahlbetruges von 2009: Damals habe Merkel zusammen mit Guido Westerwelle (FDP) Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro versprochen. Die seien niemals gekommen. Nun versichere die Kanzlerin dem Wahlvolk nach SPD-Berechnungen 46,6 Milliarden Euro – ohne einen Cent Gegenfinanzierung – und bereite den erneuten Betrug vor. „Es ist dreist, wie Sie die Wähler hinter die Fichte führt“, bekräftigte Steinmeier und bilanzierte die finanzielle Lage des schwarz-gelben Haushalts: „Wir haben heute 100 Millionen Euro Neuverschuldung, und das bei Rekorderlösen. Wenn Sie sich nun vor die Wähler stellen und behaupten, Sie hätten ordentlich gewirtschaftet, dann ist das nichts als Heuchelei.“ Die Regierung habe die Euro-Krise benutzt, um sich zu verstecken, und statt einige der neuen Ideen umzusetzen, 45 sinnlose Gipfel veranstaltet und nichts entschieden. Steinmeier: „Das ist Organisation von Stillstand. Das ist Hoffen auf bessere Zeiten. Sie gestalten nicht die Zukunft, weil Sie Angst haben“.

„Ich hatte gedacht, Sie nutzen hier die Gelegenheit Ihre Pläne zu erklären. Stattdessen kann ich nur zu dem Schluss kommen, die Union glaubt selber nicht daran, noch einmal Verantwortung zu übernehmen“, zeigte sich Carsten Schneider, Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt, enttäuscht von der Regierung. Angestoßen von den Plänen in Milliardenhöhe, widmete sich der Finanzexperte den Haushaltszahlen der aktuellen Regierung. „Jedes Jahr war die Ziffer rot, nicht mal 2014 erreichen Sie trotz Rekordeinnahmen eine 0 vor dem Komma.“ FDP und Union hätten es nicht mal geschafft, Schulden zu tilgen trotz exzellenter wirtschaftspolitischer Lage. Im Gegenteil: „Sie sind angetreten, als das Wirtschaftswachstum bei vier Prozent lag, in diesem Jahr liegt es bei 0,4 Prozent. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik“, so Schneider. Die Koalition gehe mit dem Geld der Steuerzahler nicht solide um. „Sie haben den Staat ausgehöhlt statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.“

### **Missachtung des Parlaments**

Johannes Kahrs bemängelte, dass weder die Bundeskanzlerin noch Bundesminister während der Debatte anwesend seien, wo es doch um Ihre Vorhaben gehe. „Wenn man sich die Präsenz der Regierung anschaut, weiß man, was Sie selbst über die Versprechen denken.“ Dennoch sei diese Ignoranz eine Missachtung des Parlaments. Auch er thematisierte die mangelnden Vorschläge zur Finanzierung. Bei dieser Frage sei die CDU auf der Sachebene weit weg von einer Antwort. „Wir werden kritisiert, wenn wir von Gegenfinanzierung sprechen. Unseriöser geht es gar nicht mehr!“ Stattdessen stimmten Unionspolitiker wie Volker Kauder den Ideen der Kanzlerin unter Finanzierungsvorbehalt zu. Kahrs: „Das heißt: Lass doch die Merkel alles versprechen, wir sammeln es eh wieder ein“.

Anton Schaaf, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, führte das Argument weiter: „Die Kanzlerin versucht mit ihren Versprechen einzuschläfern, die FDP hält wirtschaftspolitisch dagegen. Gemeinsam versuchen Sie damit ihr gesamtes Klientel abzudecken“. So ein schäbiges Spiel habe er selten erlebt. Zudem konstatierte der SPD-Abgeordnete, dass die Regierung auch den sozialpolitischen Plänen aus dem Koalitionsvertrag nicht nachgekommen sei - weder im Kampf gegen Altersarmut noch bei der Angleichung der Renten von Ost und West sei etwas passiert. „Sie haben es voll gegen die Wand gefahren“, kommentierte Schaaf und prognostizierte: „Nach dem 28. September machen Ihre Ankündigungen keinen Sinn mehr“.

## **FINANZEN**

# **Steinbrück: Steuerbetrug ist ein hoch giftiges System**

Steuerhinterziehung ist kein entschuldbares Versehen und auch keine Notwehrmaßnahme von Vermögenden, sondern eine Straftat – national und international. Die SPD-Fraktion will Steueroasen trockenlegen und Hinterziehung härter ahnden.

Steuer- und Regulierungsschlupflöcher ermöglichen Firmen und Personen weltweit, sich der Rechtslage ihrer Heimatländer zu entziehen. Das hat gravierende Auswirkungen auf Steueraufkommen und Finanzstabilität der Staaten. Diese fehlerhaften Entwicklungen bekämpft die SPD mit äußerstem Nachdruck. Denn erst Steuergerechtigkeit und eine solidarische Finanzierung des Gemeinwesens schaffen die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat und die Realisierung sozial- und wirtschaftspolitischer Ziele.

In dieser Woche forderte der SPD-Finanzexperte Peer Steinbrück die Regierung im Plenum auf, endlich ihrer Pflicht nachzukommen und Steuerbetrug zu beenden. "Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ist kein Randphänomen und keine Bagatelle. Es ist ein hoch giftiges

System", sagte Steinbrück. Insgesamt verliere der deutsche Fiskus 180 Milliarden Euro, und das Geld fehle dann, um soziale Brennpunkte zu vermeiden, Kinderbetreuung und Infrastruktur zu schaffen. Ohne Steuerbetrug und ohne das Ausmaß an legaler Steuervermeidung von Großkonzernen, die das Steuergefälle innerhalb der EU ausnutzten, könnten die Steuern niedriger und Investitionen in die wichtigsten Zukunftsbereiche wie Bildung größer sein. Vieles sei möglich, wenn man ehrgeizig und härter gegen Steuerhinterziehung vorgehe. "Frau Merkel, Sie drücken nicht nur beide Augen zu. Sie haben Steuervermeidung für Unternehmen noch erleichtert", stellte Steinbrück klar.

Er ergänzte, dass die Regierung versucht hatte, mit dem löchrigen Schweizer Steuerabkommen, den Ankauf von Steuer-CDs zu verbieten. Damit wäre das größte Druckmittel gegenüber Steuerhinterziehern verhindert worden. Steinbrück: "Das eklatanteste Versagen dieser Regierung ist der Entwurf des Steuerabkommens mit der Schweiz, das nur durch Rot-Grün verhindert wurde."

Jahrzehntelang konnten Steuerpflichtige unversteuertes Vermögen vor dem deutschen Fiskus in Steueroasen verstecken, weil diese Amts- und Rechtshilfe verweigerten. Im Herbst 2008 initiierte der damalige SPD-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mit seiner französischen Amtskollegin den gemeinsamen Widerstand gegen diese Politik. 2009 erklärten daraufhin Steueroasen weltweit ihre Bereitschaft zu einem Mindestmaß an Kooperation. Allerdings sieht der Minimalstandard der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur eine Auskunftserteilung auf begründete Anfrage im Einzelfall vor.

#### **Steuerhinterziehung ist kein nationales „Geschäftsmodell“**

Die SPD-Fraktion fordert mit dem Antrag „Globale Steuergestaltung verhindern – Regulierungsschlupflöcher stopfen“ (Drs. 17/13716) die deutsche Bundesregierung auf, sich aktiv in die Arbeiten der OECD und der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von aggressiver Steuerplanung und Steueroasen einzubringen. Sie sollte auf europäischer und internationaler Ebene für eine leistungsgerechte Besteuerung im Inland eintreten und die aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne nicht länger als nationales "Geschäftsmodell" akzeptieren. Denn Unternehmensgewinne müssen in den Steueroasen nur sehr gering oder überhaupt nicht versteuert werden. Die steuerlichen Begünstigungen werden dabei insbesondere Unternehmen gewährt, die in dem Land wirtschaftlich überhaupt nicht tätig sind. Ziel der SPD-Initiative ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu verbessern. Mit internationalen Abmachungen und Sanktionen sollen Transparenz und Kooperation bei grenzüberschreitenden Steuerangelegenheiten durchgesetzt werden. Unkooperative Staaten und Steueroasen sollen auf schwarzen Listen geführt werden. Schließlich muss ein Gesetz zur Bekämpfung von Steuerkriminalität vorgelegt werden, in dem strafbefreiende Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung nach einer Übergangsfrist beschränkt werden sollten. Zudem sollte darin klargestellt werden, dass Finanzbehörden berechtigt sind, zur Aufklärung von Steuerstraftaten Daten über mutmaßliche Steuerhinterzieher zu erwerben.

#### **Internationale Unternehmen in die Pflicht nehmen**

Gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich die SPD an diesem Freitag für eine weitere Neuregelung ein. Mit dem Antrag "Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen transparent machen" (Drs. 17/13717) fordern die Fraktionen von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der die länderbezogene Berichterstattung für deutsche Unternehmen verbindlich macht. Unternehmen werden damit verpflichtet, ihre Steuerzahlungen, Gewinne, Umsätze, Beschäftigten und Kapitalbestände nach Ländern aufzuschlüsseln und offenzulegen.

Außerdem soll sich die deutsche Regierung mit dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission dafür stark machen, dass auch auf EU-Ebene zeitnah dieses Country-by-Country-Reporting für alle Branchen eingeführt wird. Das muss besonders für große Kapitalgesellschaften und internationale Unternehmen gelten. Denn so könnte man

der Besteuerungslücke entgegen wirken, deren Umfang vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf rund 92 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird. Die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Gewinne ins Ausland verlagern können, wird unter anderem als Grund für diesen immensen Verlust an Steuergeldern genannt.

## BAU & STADTENTWICKLUNG

### Hochwasser – Hilfsfonds wie 2002 notwendig

Am 6. Juni 2013 hat der Bundestag über die Lage der deutschen Städte und Gemeinden debattiert. Die Diskussion war geprägt durch die Hochwasserkatastrophe, die viele Kommunen vor große Probleme stellt. Außerdem ging es um die schlechte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden. Versuche von Union und FDP, die Situation schönzureden oder ihre Fehlentscheidungen anderen in die Schuhe zu schieben, ließ ihnen die SPD-Fraktion nicht durchgehen.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, verwies auf die schwere Belastung für viele Kommunen durch die aktuelle Flutkatastrophe. Das Hochwasser richte schwerste Schäden an und bedeute für einige die Vernichtung ihrer Existenz, zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre. „Wir dürfen die Menschen, die Unternehmen und Kommunen nicht allein lassen“, sagte Oppermann. Ihn beeindruckten die Solidarität und die Hilfsbereitschaft der Menschen. Der Bundestag solle Respekt vor dem unermüdlichen Einsatz der Helfer haben. „Das Zusammenhalten in der Not zeigt, wie viel Gemeinsinn in unserer Gesellschaft steckt. Daran soll sich die Politik ein Beispiel nehmen“, befand Oppermann. Er sagte zu, dass die SPD-Fraktion bei der Bereitstellung von finanziellen Hilfen konstruktiv mit der Koalition zusammenarbeiten werde. „Es ist gut, dass erste Gelder zugesagt wurden. Doch das reicht nicht aus. Ein Hilfsfonds wie 2002 ist erforderlich,“ stellte Oppermann fest. Nötig seien mehrere Milliarden Euro und die unbürokratische schnelle Auszahlung der Hilfen wie 2002 - auch an die Kommunen.

#### Unter Schwarz-Gelb geht es Städten und Gemeinden schlecht

Thomas Oppermann betonte, dass es den Kommunen in Deutschland unter der schwarz-gelben Bundesregierung in den letzten vier Jahren schlecht ergangen sei. Union und FDP hätten zu Lasten der Kommunen ihre Klientelpolitik betrieben. Geld sei in private Taschen geflossen. Für die Städte und Gemeinden bedeute das Steuerausfälle und Schulden. Allein 1,6 Milliarden Euro kommunaler Mindereinnahmen sind das Ergebnis ihrer Hoteliersteuer. Dazu kommen 650 Millionen Euro, die durch die geänderte Unternehmensbesteuerung fehlen. Mittlerweile mussten Städte und Gemeinden 48 Milliarden Euro Kassenkredite aufnehmen, was sie kaum verkraften können. Auch im schwarz-gelben Hessen werde Politik zu Lasten der Kommunen gemacht. Dort hatte die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich um 340 Millionen Euro gekürzt und das Geld den Kommunen vorenthalten, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Der dortige Staatsgerichtshof hat das für verfassungswidrig erklärt.

#### SPD will starke Kommunen

„Vor 40 Jahren konnten Kommunen in Infrastruktur investieren. Mittlerweile sind kommunale Haushalte reine Sozialhaushalte“, stellte Bernd Scheelen, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, fest.

Die SPD-Fraktion will dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden, u. a. durch einen Investitions- und Entschuldungspakt. Dazu gehört vor allem die Unterstützung der Kommunen bei den Sozialausgaben. Scheelen erinnerte daran, dass durch die Initiative der SPD im Vermittlungsausschuss bei den Hartz-IV-Verhandlungen die Lasten durch die „Grundsicherung im Alter“ schrittweise von den Kommunen auf den Bund übergehen.

Weitere Entlastungen, etwa die Übernahme von Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund, sind aus SPD-Sicht notwendig. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen darüber hinaus für einen Investitionspakt von Bund und Ländern, von dem vor allem finanzschwache Städte und Gemeinden profitieren sollen. Die Kommunen will die SPD zudem durch verbesserte kommunale Einnahmen entschulden. Auch für sie lohnen sich der von der SPD geforderte erhöhte Spitzensteuersatz und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.

Um den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden zu stärken und die Abwärtsentwicklung von Stadtvierteln zu verhindern, will die SPD-Fraktion die von Schwarz-Gelb zusammengestrichene Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro erhöhen. Die „Soziale Stadt“ soll mit 150 Millionen Euro Leitprogramm ausgestattet werden. Thomas Oppermann bekräftigt: "Das Ziel der SPD ist: Wir wollen starke Kommunen." Denn von starken Kommunen hänge ab, wie Menschen aufwachsen und leben.

## MIETEN & WOHNEN

### Soziale Wohnungspolitik bleibt Kernthema

In der Bundestagsdebatte zur Wohnungspolitik hat die SPD-Fraktion am 6. Juni 2013 klargestellt, dass bezahlbares Wohnen und ein gutes Zusammenleben in der Stadt ein Kernthema der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist. Da nützt es auch nichts, wenn die Kanzlerin nach der Verabschiedung einer mieterfeindlichen Mietrechtsänderung plötzlich Forderungen der SPD übernimmt.

SPD-Fraktionsvize Florian Pronold verglich Merkels Handeln mit dem einer Hütchenspielerin, die so tue, als ob es unter dem CDU-Hütchen eine Mietpreisbremse gebe. Doch nach der Wahl werde sich herausstellen, was unter dem Hütchen sei: Wahlbetrug. Der SPD-Fraktion gehe es um bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, Alleinerziehende sowie Rentner und Rentnerinnen sollen auch künftig in den Innenstädten leben können und nicht durch Mietexzesse vertrieben werden (Gentrifizierung). Das von Schwarz-Gelb geänderte Mietrecht mache Mieterinnen und Mieter zu den „Melkkühen der Nation“, sagte Pronold.

#### Für eine solidarische Wohn- und Stadtentwicklungspolitik

Die SPD-Fraktion will den Neubau von Wohnungen ankurbeln und die energetische und barrierefreie Sanierung voranbringen. Dabei komme es auch darauf an, dass die Wohnungen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleiben. Es dürfe nicht sein, dass viele Menschen 35 bis 40 Prozent ihres Einkommens für die Mieten ausgeben müssten. Entscheidend sei auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Damit Menschen unterschiedlichster Herkunft gut in Städten und Gemeinden zusammenleben und keine Verdrängung stattfindet, sei das Programm „Soziale Stadt“ so wichtig. Dazu gehöre auch, dass Kommunen und auch der Bund über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Bauland nicht nach Höchstpreisen verkaufen, sondern sich nach Konzepten für bezahlbaren Wohnungsneubau ausrichten. Und es komme auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus an. Genossenschaften, private und städtische Wohnungsgesellschaften sollen gemeinsam Sorge für sozialverträgliche Mieten tragen.

#### Schwarz-Gelb: Vieles angekündigt - vieles gestrichen

Was tun die schwarz-gelbe Bundesregierung und ihr Bauminister Ramsauer (CSU)? Sie kündigten z. B. bezahlbaren Wohnraum für Studierende an und hielten dazu Gipfel ab. Nur heraus gekommen ist nichts, hielt Pronold ihnen vor. Auch aus der versprochenen Wohngelderhöhung ist nichts worden, dafür hat Schwarz-Gelb den Heizkostenzuschuss für Menschen mit geringen Einkünften gestrichen. Ebenso hat die Bundesregierung den

Bundeszuschuss für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 580 Millionen Euro jährlich nur bis 2014 verlängert. Anstatt darüber zu jammern, dass die Länder diese Mittel nicht zweckgebunden einsetzten, sollte die Regierung die Zweckbindung ganz einfach festlegen, forderte Pronold.

Bei der Städtebauförderung und vor allem beim Programm „Soziale Stadt“ habe die Regierung die Mittel am heftigsten zusammengestrichen. Dabei sei das Programm vor Ort für den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden erfolgreich gewesen. Die Bundesregierung hatte das Programm 2011 um 70 Prozent auf nur noch 25 Millionen zusammengekürzt. Auf Grund zahlreicher Proteste hat sie es dann wieder auf 40 Millionen Euro erhöht. Dennoch entspricht das weniger als der Hälfte der Mittel von 2009. Darüber hinaus setzte Schwarz-Gelb den Rotstift bei der energetischen Gebäudesanierung an, und das Programm für den altersgerechten Umbau strich sie gleich komplett. Nun hat die Regierung das Wahlversprechen angekündigt, die Eigenheimzulage in Höhe von 8 Milliarden Euro wieder einzuführen. Doch damit wird die Wohnungsnot in den Ballungsräumen nicht gelöst. Und Merkels Ankündigung einer Mietpreisbremse ist schlicht bei der SPD abgeschrieben.

#### **Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt**

Die SPD-Fraktion will, dass Mieterhöhungen nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent möglich sind. Bei Wiedervermietungen sollen die Mieten nicht mehr um 30 oder 40 Prozent steigen dürfen, sondern maximal um zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausgenommen von dieser Mietpreisbremse sind die Mieten für Neubauten. Außerdem sollen künftig die Kosten für einen vom Vermieter bestellten Makler auch von ihm bezahlt und nicht mehr auf die Mieter abgewälzt werden. Bei der notwendigen energetischen Gebäudesanierung wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine faire Kostenteilung zwischen Vermieter und Mieter und staatliche Unterstützung. Die Städtebauförderung soll mit 700 Millionen Euro ausgestattet werden und das Programm „Soziale Stadt“ mit 150 Millionen Euro zum Leitprogramm werden. Die mieterfeindlichen Mietrechtsänderungen von Schwarz-Gelb will die SPD-Fraktion wieder abschaffen.

## VERKEHR

### **Schwarz-gelber WSV-Umbau bringt Rechtsunsicherheit**

Am 4. Juni hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem gut besuchten Pressegespräch ein von ihr in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zur von Schwarz-Gelb initiierten Neuorganisation der Wasser und Schifffahrtsverwaltung vorgestellt.

Schwarz-Gelb nahm bei der Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) Rechtsunsicherheit bewusst in Kauf. Dadurch drohen jetzt die Rechtswidrigkeit von Verwaltungsentscheidungen und nachfolgende Gerichtsverfahren. Das belegt ein Rechtsgutachten der Marburger Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht, Monika Böhm, im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion.

Der zum 1. Mai 2013 per Organisationserlass erfolgte Verwaltungsumbau weist demnach erhebliche Mängel auf. Das Rechtsgutachten bestätigte die von der SPD-Bundestagsfraktion seit Langem vertretene Einschätzung, dass für eine rechtsfeste Umsetzung der Reform ein Gesetz erforderlich sei, um die Kompetenzen in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung an die neue Verwaltungsstruktur anzupassen, sagte Uwe Beckmeyer, Maritimer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion. Das betrifft insbesondere die Übertragung der Aufgaben und



Zuständigkeiten von den Wasser- und Schifffahrsdirektionen auf die neue „Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt“.

Doch eine Neuorganisation auf gesetzlicher Grundlage hat die Bundesregierung bewusst unterlassen und beim Verwaltungsumbau Bundestag und Bundesrat umgangen. Einen im Dezember 2012 vorgelegten Gesetzentwurf hat sie nach scharfer Kritik von Ländern und Verbänden zurückgezogen. Das von der SPD in Auftrag gegebene Gutachten zeige, dass dieses Verfahren zu massiver Rechtsunsicherheit insbesondere in den Bereichen führt, in denen das Verhältnis der Behörden zu Bürgerinnen und Bürgern berührt sei, erklärte Gustav Herzog, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion. Beispielsweise bei der Durchführung von Planfeststellungsverfahren, aber auch bei Abgabenbescheiden sowie bei Angelegenheiten der WSV-Beschäftigten. Es birgt zudem erhebliche Risiken für die Arbeitsabläufe der WSV und gefährdet den gesamten Verkehrsträger Bundeswasserstraßen. Dabei zeigt das aktuelle Hochwasser in weiten Teilen Deutschlands, wie notwendig wir eine handlungs- und einsatzfähige WSV in der Fläche brauchen.

Nach einem Regierungswechsel wird die SPD-Bundestagsfraktion zügig ein mit Ländern und Beschäftigten abgestimmtes Gesetz vorlegen, um die (durch das schwarz-gelbe Regierungshandeln entstandene) Regelungslücke zu schließen und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Wirtschaft und Bundesländer zu schaffen.

## WIRTSCHAFT

### Bürokratie für den Mittelstand abbauen

Bürokratie ist als Organisationsform eines modernen Staatswesens unerlässlich, denn sie schützt vor willkürlichen Entscheidungen und sichert Chancengleichheit. Es geht also darum, überflüssige Bürokratie abzubauen und Gesetze besser, einfacher und kostengünstiger in ihrer Umsetzung zu machen.

Sieben Jahre lang hat das Regierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ gute Erfolge erzielt: Es hat unnötigen Bürokratieaufwand um 20 Prozent verringert und die Wirtschaft um 10,5 Milliarden Euro entlastet. Doch seit 2009 stagniert dieser Trend. Auch der Normenkontrollrat stellt in seinem Jahresbericht 2012 fest: Der Bürokratieabbau ist zum Stillstand gekommen. Deshalb sind neue Initiativen dringend gefordert, um die Bürger von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Das Programm Bürokratieabbau muss aber vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgebaut werden, denn sie verfügen nicht – wie größere Unternehmen – über eigene Abteilungen für diesen Bereich.

#### Milliarden an Bürokratiekosten einsparen

Die derzeitige Bundesregierung hat ihr Ziel, die Bürokratiebelastungen der Wirtschaft bis Ende 2011 um 25 Prozent zu senken, bis heute nicht erreicht. Der Einbezug der Bundesländer in eine gemeinsame Strategie zum Bürokratieabbau ist ebenfalls noch nicht realisiert. Bei den Regierungsvorhaben „Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung“ und des „E-Government-Gesetzes“ gab es im 2012 große zeitliche Verzögerungen. Das alles verdeutlicht: Der aktive Bürokratieabbau braucht neue Impulse und den wirklichen Willen, voranzukommen. Durch konkrete Maßnahmen könnte die Wirtschaft Milliarden an Bürokratiekosten einsparen – ein effektives und zudem äußerst billiges Konjunkturprogramm.

In dem Antrag „Bürokratieabbau optimieren – Mittelstandsorientierung stärken“ (Drs. 17/13548) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, zunächst das Programm Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen. Außerdem sollte der Normenkontrollrat gestärkt und auf europäischer Ebene ein entsprechendes Organ geschaffen werden. Zudem müssen

Informations- und Statistikpflichten gelockert werden. Über den Bürokratieabbau der Bundesressorts sollte alle drei Monate berichtet werden. Und schließlich sollte bei neuen Gesetzen der dadurch entstandene Bürokratieaufwand nach einigen Jahren überprüft werden.

## INNERES

### **Aussagekräftige Kriminalstatistiken schaffen**

Polizeiliche Kriminalstatistik, Staatsanwaltschaftsstatistik, Strafverfolgungsstatistik – es gibt viele verschiedene Arten und Methoden Daten zu erfassen. Das Problem: Sie sind nicht vereinheitlicht, und so bleibt unklar, ob die statistischen Zahlen die Entwicklung der "Kriminalitätswirklichkeit" widerspiegeln oder ob sie lediglich das Ergebnis unterschiedlicher Deutung sind. Das Parlament ist als Gesetzgeber und in seiner Funktion als Kontrollinstanz gefordert.

Das gegenwärtige deutsche System der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von unverbundenen Statistiken. So sind zum Beispiel die Zählweisen nicht aufeinander abgestimmt. Die Polizei zählt die Tatverdächtigen, die Staatsanwaltschaft erfasst die Ermittlungsverfahren, die gegen eine Person durchgeführt werden. Im Schnitt werden so aus einem Tatverdächtigen bei der Polizei 2,1 Beschuldigte bei der Staatsanwaltschaft. Die Statistiken sind untereinander also nicht kompatibel. Zahlreiche, kriminalpolitisch höchst relevante Fragen sind auf der Grundlage der jetzigen Kriminalstatistiken nicht zu beantworten. Deutschland ist mit seinem kriminalstatistischen System außerdem inzwischen weit hinter den in einigen anderen europäischen Ländern entwickelten Systemen zurückgeblieben.

Der Antrag (Drs. 17/13715) „System der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken in Deutschland optimieren und auf eine solide rechtliche Grundlage stellen“ wurde in dieser Woche von der SPD-Fraktion ins Parlament eingebracht. Die Fraktion fordert unter anderem von der Regierung, langfristig die Voraussetzungen für die Umstellung auf ein Datenbanksystem zu schaffen, das verlaufsstatistische Analysen ermöglicht. Eine Umstellung des vorherrschenden Systems erscheint sinnvoll, um dessen Defizite nachhaltig zu beheben. Hierfür sollten auf lange Sicht gesehen alle amtlichen Daten über Kriminalität, Strafverfolgung und Strafvollstreckung mit pseudonymisierten Personendaten in einer statistischen Datenbank verknüpft werden. Zudem sollen die Periodischen Sicherheitsberichte über die Kommentierung von Einzelstatistiken hinausgehen und auch übergreifende wissenschaftliche Befunde einbeziehen. Schließlich sollte die Bundesregierung eine bundesgesetzliche Grundlage für die Strafrechtspflegestatistiken schaffen.

## AUSBILDUNG

### **Endlich Azubi!**

Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird immer wichtiger, um gute Arbeit zu finden. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach gut qualifizierten Fachkräften.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Maßnahmenkatalog für ein Sofortprogramm vorgelegt, um allen jungen Erwachsenen durch eine Berufsausbildung eine zweite Chance zu geben. Das Sofortprogramm soll unter anderem folgende Maßnahmen umfassen:

- Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll eine qualifizierte Ausbildung garantiert werden. Junge Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz

gefunden haben, erhalten einen öffentlich geförderten und mit der Praxis verzahnten Ausbildungsplatz.

- Die Förderprogramme von Bund und Ländern sollen gebündelt werden, um sie wirkungsvoller zu machen.
- Die Arbeitsagenturen und Jobcenter sollen per Gesetz dazu angehalten werden, der Vermittlung in Ausbildung Vorrang vor der Vermittlung in Arbeit zu geben.
- Fördermaßnahmen für Jugendliche, die sich als wirkungsvolle Instrumente bewährt haben, sollen auch für junge Erwachsene bis 35 Jahre zugänglich gemacht werden. Dazu gehören vor allem die Berufseinstiegsbegleitung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sowie ausbildungsbegleitende Hilfen.
- Außerdem sollen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss durch einen finanziellen Anreiz zur Aufnahme einer Ausbildung motiviert werden. Konkret sollen sie monatlich 150 Euro zusätzlich zum Arbeitslosengeld I bzw. Arbeitslosengeld II erhalten. Nach bestandener Zwischen- bzw. Abschlussprüfung soll eine zusätzliche Prämie gezahlt werden können.
- Um eine Ausbildung auch berufs begleitend oder neben der Erziehung von Kindern absolvieren zu können, will die SPD-Fraktion mehr Teilzeitausbildungsplätze fördern. Alleinerziehenden jungen Erwachsenen soll beim Nachholen eines Schul- bzw. Berufsabschlusses ein Rechtsanspruch auf einen sofortigen Kinderbetreuungsplatz garantiert werden.

## Gute Ausbildung statt Nachwuchssorgen

Ein Viertel aller Auszubildenden in Deutschland brechen ihre Ausbildung ab. Schon dieser Durchschnittswert ist viel zu hoch.

Noch gravierender aber ist die Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe: Rund die Hälfte aller angehenden Restaurantfachfrauen, Köche oder Fachkräfte im Gastgewerbe beenden ihre Ausbildung vorzeitig ohne Abschluss. Und das, obwohl die Branche ohnehin Probleme hat, Nachwuchs zu gewinnen. Jahr für Jahr werden weniger Ausbildungsverträge unterschrieben. Seit 2007 ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um über ein Drittel eingebrochen.

Sowohl für die jungen Menschen, die sich nach einer Vertragslösung neu orientieren müssen, als auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe ist das eine beunruhigende Entwicklung. Sie macht deutlich, dass die Qualität der Ausbildung in den gastgewerblichen Berufen dringend verbessert werden muss.

Um das zu erreichen, hat die SPD-Bundestagsfraktion im Parlament einen Maßnahmenkatalog vorgelegt ("Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe verbessern", Drs. 17/13549). Darin fordern die Sozialdemokraten unter anderem ein neues Gesetz, um die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (Arbeits- und Urlaubszeiten, Freizeitananspruch etc.) wirksamer durchzusetzen, Missstände aufzudecken und Fehlverhalten zu bestrafen.

Der Bund soll gemeinsam mit den Ländern, den Industrie- und Handelskammern, dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband sowie mit den Gewerkschaften Regelungen ausarbeiten, um Auszubildenden vor Prüfungen rechtzeitig freizustellen, die Ausbildungsbedingungen und -beratung zu verbessern, Ausbildungsinhalte zu modernisieren und für gute Arbeitsbedingungen in der Branche zu sorgen. Dazu gehört auch, Minijobs einzudämmen.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Junge Menschen müssen für eine Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe begeistert werden. Sie müssen qualifiziert werden und im späteren

Berufsleben eine gute Perspektive geboten bekommen. Nur wenn die Attraktivität der Ausbildung in der Branche steigt, kann einem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden.

## TOURISMUS

### Reisen ohne Grenzen

Für die meisten Menschen sind der Besuch eines Konzerts oder einer anderen Großveranstaltung und das Reisen mit der Bahn oder dem Flugzeug eine Selbstverständlichkeit. Doch für etwa 80 Millionen Menschen allein in Europa ist genau dies nicht selbstverständlich, da sie in ihrer Mobilität zu sehr eingeschränkt und daher auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Aufgabe der Politik ist es, diesen Menschen einen barrierefreien Zugang zu touristischen Angeboten zu ermöglichen. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion ein.

Weltweit können Millionen Menschen mit eingeschränkten motorischen, sensorischen oder kognitiven Fähigkeiten und auf Grund unzureichender Einrichtungen vor Ort nicht auf Reisen gehen oder öffentliche Veranstaltungen besuchen. Um diese Möglichkeiten stressfrei nutzen zu können, brauchen die Menschen barrierefreie Angebote, von denen nicht nur behinderte Menschen profitieren, sondern unter anderem auch Seniorinnen und Senioren, Eltern mit Kleinkindern oder Unfallgeschädigte. Und die Nachfrage nach solchen Angeboten wird zukünftig weiter zunehmen, vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Besonders im Tourismus wird, so stellt es der aktuelle ITB World Travel Trends Report fest, die Nachfrage an barrierefreien Zugängen auf Reisen weiter wachsen. Damit einher geht auch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des barrierefreien Tourismus.

In ihrem Antrag „Barrierefreier Zugang zu Großveranstaltungen und Reisen“ (Drs. 17/13550) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Ergebnisse des Projekts „Tourismus für Alle“ umzusetzen. Die dabei entwickelten Kriterien sollen auch für die Vergabe öffentlicher Mittel gelten. Im Detail wird zudem gefordert, dass sowohl Fahrgast- und Tarifinformationen als auch Bahnhöfe, Fernlinienbusse und Flugzeuge barrierefrei gestaltet werden müssen. Eine weitere Forderung ist, einen bundesweit einsetzbaren Leitfaden für die Umsetzung der Barrierefreiheit auf Großveranstaltungen und Reisen mit konkreten Beispielen zu erstellen.

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### Ein Frühwarnsystem für Verbraucherprobleme

„Die soziale Marktwirtschaft ist aus dem Lot geraten“, heißt es in einem SPD-Antrag, der anlässlich des Weltverbrauchertages am 3. Juni in den Bundestag eingebracht und am 6. Juni im Plenum debattiert worden ist.

Skandale zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher reißen nicht ab. Die Märkte werden immer vielfältiger und intransparenter. Der Konsumalltag der Menschen wird damit komplexer. Die Flut an Informationen kann von ihnen nicht mehr verarbeitet werden. Daraus folgt: Anbieter- und Verbraucherseite befinden sich nicht auf Augenhöhe. Dieses Ungleichgewicht werfe nicht nur Fragen nach Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf, sondern gefährde das Funktionieren des Marktmodells, stellt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag fest.

Der technische Fortschritt, die Globalisierung und die Liberalisierung vieler Märkte erfordern eine Neuausrichtung der Aufsichtsstrukturen. Neue Märkte ohne funktionierende, verbraucherorientierte Aufsicht werden oft genutzt, um sich auf Kosten von Verbraucherinnen

und Verbrauchern zu bereichern. Beispiele dafür sind: die Abzocke bei der Telekommunikation, der Vertrieb undurchsichtiger Finanzprodukte, Geschäftsmodelle bei Energieversorgern, die einem Schneeballsystem gleichen, falsch deklarierte Lebensmittel sowie unnötige individuelle Gesundheitsleistungen (Igel), die die Patientinnen und Patienten aus eigener Tasche bezahlen müssen. Meist gibt es staatliche Kontrolle der Märkte nur aus wettbewerbs- oder kartellrechtlicher Perspektive. Viele Probleme erreichen die Politik erst, wenn Skandale öffentlich werden, lautet es im Antrag.

#### **Rechte und Schutz von Verbrauchern stärken**

Um die Rechte und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken, will die SPD-Fraktion so genannte Marktwächter einführen. Darunter zu verstehen sind staatlich beauftragte Verbraucherorganisationen, die als Sensoren bzw. Frühwarnsysteme für systematische Verbraucherprobleme tätig sind. Die Arbeit der Aufsichts- und Regulierungsbehörden wird durch ihre Hinweise vorbereitet und erleichtert. Die Marktwächter-Funktion sollen die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband wahrnehmen. Dazu müssen sie entsprechend ausgebaut und finanziert werden. Das Konzept der Marktwächter verzahnt zivilgesellschaftliche mit staatlicher Kontrolle und bestimmt das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu. Zunächst soll es Marktwächter für die Bereiche Finanzmarkt, Energie, Gesundheit, Digitale Welt/Telekommunikation und Lebensmittel geben.

#### **Beobachten, beraten, bewerten, bearbeiten, bekämpfen, beteiligen**

Die Marktwächter sollen die Märkte beobachten und Defizite sowie Fehlentwicklungen aufspüren. Gleichzeitig sollen sie durch vielfältige Angebote Verbraucherinnen und Verbraucher bei Entscheidungen beraten. Außerdem sollen die Marktwächter bewerten, ob Unternehmen Verbraucherrechte einhalten, z. B. indem sie die Rechtmäßigkeit von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Werbung prüfen. Hinweise auf Verbraucherprobleme und systematische Auffälligkeiten im Marktgeschehen werden von ihnen bearbeitet, indem sie diese erfassen und an die Aufsichts- und Regulierungsbehörden melden. Die Behörden müssen diese Unstimmigkeiten dann prüfen und gegebenenfalls bestätigen. Mit Abmahnungen und Unterlassungsklagen sollen die Marktwächter rechtswidrige Marktpraktiken bekämpfen. Um alle Marktteilnehmer von Verbrauchervertretern über Anbieter bis zur Wissenschaft zu beteiligen, werden entsprechend besetzte Fachbeiräte die Arbeit der Marktwächter begleiten. Des Weiteren sollen sie auch Lageberichte veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für die Politik entwickeln und im Dialog mit der Wirtschaft Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

#### **Verbraucherpolitik ist sozialdemokratische Politik**

Die SPD-Fraktion hat als einzige Fraktion ein ausgearbeitetes Marktwächter-Konzept für die Bereiche Finanzmarkt, Energie, Gesundheit, Digitale Welt/Telekommunikation und Lebensmittel vorgelegt. Die Grünen beschränken sich auf die Gebiete Finanzmarkt und Energie. Und Schwarz-Gelb lehnt eine Stärkung der Verbraucherorganisationen ab.

Im Rahmen der Debatte am 6. Juni 2013 hat der Bundestag auch den SPD-Antrag „Verbraucherschutz stärken – Finanzmarktwächter einführen“ (Drs. 17/8894) beraten.

## **UMWELT**

### **Nie wieder Methode Gorleben!**

Drei Jahre hat die Aufklärungsarbeit des Gorleben-Untersuchungsausschusses gedauert. Die Abgeordneten durchforsteten 2800 Aktenordner und vernahmen 52 Zeugen. Die Arbeit ist nun beendet. Doch Opposition und Regierung konnten sich nicht einmal auf einen gemeinsamen Feststellungsteil im Abschlussbericht einigen. Schwarz-Gelb ist bis auf wenige Ausnahmen immer noch der Meinung, bei der Erkundung in Gorleben alles richtig gemacht zu haben. Obwohl die Arbeit des Ausschusses das Gegenteil belegt.

„Ein Teil des Ausschusses hat bis zum Schluss nur einen sehr beschränkten Aufklärungswillen bewiesen“, so umschrieb Ute Vogt, SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, die Haltung von Unions- und FDP-Abgeordneten. Zu Beginn der Ausschussarbeit provozierte der CDU-Abgeordnete Grindel mit einem Namensartikel unter der Überschrift: „Es gibt kein besseres Endlager als Gorleben.“ Und auch die Bundeskanzlerin verkündete bei ihrer Zeugenvernehmung im Ausschuss, dass sie überhaupt nicht verstehe, warum man Gorleben nicht zu Ende erkunde. Diese Haltung ist typisch für die Methode Gorleben, die ein Zeuge mit „Augen-zu-und-durch“ beschrieb.

### **Von Anfang an jede Menge Tricks und Täuschungen**

Doch die Fakten, die der Ausschuss zu Tage förderte, sind eindeutig: Die Entscheidung, Gorleben als Standort für ein Atommüllendlager 1977 zu erkunden, war politisch vorgegeben. „Gorleben oder kein Standort in Niedersachsen“, hatte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) verkündet. Er habe wohl gehofft, dass es in einem so dünn besiedelten, strukturschwachen Gebiet wenig Widerstand geben würde, sagte Ute Vogt. Weit gefehlt. Der Widerstand im Wendland besteht seit mehr als 30 Jahren. „Die Menschen dort trauen mittlerweile keinem Politiker und keiner Politikerin mehr“, stellte Kirsten Lüthmann, stellv. Ausschussvorsitzende und SPD-Abgeordnete aus der Region, fest. Denn man habe sie 30 Jahre lang getäuscht und bewusst fehlinformiert.

### **Wissenschaftliche Erkenntnisse passend gemacht**

In Gorleben wurde bewusst das falsche Rechtsverfahren angewendet: Bergrecht statt Atomrecht. Dadurch wurde eine Bürgerbeteiligung absichtlich umgangen. 1983 wurde dann politisch Einfluss auf den Bericht von Wissenschaftlern ausgeübt. Sie hielten es für notwendig und sinnvoll, einen alternativen Standort zu Gorleben zu suchen. Diese Sätze wurden aus dem Bericht gestrichen, nachdem ein Abgesandter aus dem Bonner Kanzleramt zu den Wissenschaftlern kam und diese Weisung erteilte. Auch in den 90er-Jahren traf die Kritik an Gorleben auf taube Ohren bei der damaligen Umweltministerin Angela Merkel (CDU). Sie hörte lieber auf die Atomindustrie und entschied, dass Gorleben nicht mehr nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfordernissen erkundet wurde, sondern nur noch dort, wo der Bund das Recht dazu besaß und noch heute besitzt. Also nur noch in einer Richtung des Salzstocks. Dadurch sparte die Atomindustrie satte 365 Millionen D-Mark. Gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit mit einer Studie getäuscht, die zwar bundesweit 41 Salzstöcke untersuchte, die Ergebnisse aber nicht mit Gorleben verglich. Trotzdem hieß es bei Merkel: „Gorleben bleibt erste Wahl!“ Sie tat einfach so, als habe ein Vergleich der Standorte stattgefunden. Auch diese Täuschung konnte im Untersuchungsausschuss nicht widerlegt werden.

Es wurde weiter erkundet in Gorleben, obwohl bekannt war, dass das Deckgebirge nicht stabil genug und Wasserzufluss in das Salz möglich ist, und obwohl Gasvorkommen eine zusätzliche Gefährdung bedeuten. Die Kriterien für die Sicherheit für ein atomares Endlager wurden den jeweiligen Ergebnissen angepasst.

### **Endlich transparente Endlagersuche beginnen**

Heute steht fest, dass dem Standort Gorleben politisch, juristisch und wissenschaftlich jegliche Legitimation abzusprechen ist. Erst im November 2012 hat die Bundesregierung unter dem Druck der Landtagswahlen in Niedersachsen die Erkundungen in Gorleben gestoppt, wozu sie selbst nach der Katastrophe von Fukushima nicht bereit war. Hatte Schwarz-Gelb doch den rot-grünen Erkundungsstopp aus dem Jahr 2000 erst 2010 wieder aufgehoben. Eine unbelastete Erkundung kann in Gorleben nicht mehr erfolgen. Der Standort wird im Standortauswahlgesetz, das sich in der parlamentarischen Beratung befindet, nicht ausgeschlossen, weil es Rechtssicherheit für eine ergebnisoffene Endlagersuche geben soll.

Nun kommt es darauf an, dass die Zusage, die Umweltminister Altmaier (CDU) gegeben hat, auch eingehalten wird: Es dürfen keine Castortransporte mehr nach Gorleben rollen. Nun

müssen andere Bundesländer mit AKW-Standorten ihren Verpflichtungen nachkommen. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sind bereit dazu. Andere muss Altmaier noch überzeugen. „Wir haben heute die Verantwortung, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen,“ sagte Ute Vogt. Denn wir seien es kommenden Generationen schuldig, ihnen nicht den „Müll vor die Füße zu kippen“. Ziel ist es, ein Endlager in Deutschland zu finden, das dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Atommüllexporte ins Ausland kommen nicht in Frage. Nun müssen Bundesregierung, Länder und die Fraktionen im Deutschen Bundestag eine transparente Endlagersuche auf den Weg bringen.

## TIERSCHUTZ

### Kein Ausverkauf von Königspythons und Co.

Seit gut 20 Jahren boomt der Handel mit Wildtieren für die Haltung in Privathaushalten. Vor allem Reptilien und Fische liegen im Trend. Laut Statistischem Bundesamt werden derzeit jährlich zwischen 440.000 und 840.000 lebende Reptilien und etwa 380.000 Süßwasserfische nach Deutschland eingeführt. Aber auch Affen oder Flughunde werden gehandelt. Ein Großteil betrifft Arten, die international nicht geschützt sind und deren Handel weder artspezifisch erfasst noch in irgendeiner Weise reglementiert ist. Gerade diese Arten werden häufig gefangen und somit ihrem natürlichen Lebensraum entrissen.

Der Import von Wildvögeln wurde 2005 gestoppt, doch Reptilien werden weiterhin importiert. Dabei handelt es sich häufig um Arten, die als vom Aussterben bedroht (Endangered) gelten wie die Hornagame aus Sri Lanka. Arten wie die Höckerschildkröte und der Königspython sind bei privaten Haltern sehr beliebt. Doch die Nachfrage wird nicht durch inländische Nachzucht gedeckt. Deshalb werden Wildfänge in großer Stückzahl importiert. Dazu kommt, dass ein massives Fangen von Königspythons zu einer Ausbreitung von Nagetieren führen kann, die der Ernte in den entsprechenden Ländern schaden. Dazu kommt, dass viele Tiere den Transport nicht überleben und elendig eingehen.

Auch wenn Arten hauptsächlich durch die Zerstörung ihres Lebensraums bedroht sind, lassen die Wildfänge den Tierbestand weiter schrumpfen. Feldforscher verschweigen in ihren Publikationen mittlerweile die Fundorte von neu entdeckten und meist noch ungeschützten Arten, um den internationalen Handel zu verhindern. Häufig wird auch mit Arten gehandelt, die im Herkunftsland bereits nationalen Schutzbestimmungen unterliegen und weder gefangen noch ausgeführt werden dürfen.

#### Der Handel birgt Gefahren für Mensch und Tier

In Deutschland werden Wildtiere über Tierbörsen, aber auch über Zoogeschäfte, Baumärkte, Gartencenter oder das Internet gehandelt. Häufig unterbleibt beim Verkauf von Wildtieren eine umfassende Beratung der Käufer hinsichtlich der Haltung und Ernährung der Tiere. Was zu Tierschutzproblemen aber auch zu Gefahren für die Halter führen kann. Letztere fühlen sich auch oft durch die Exoten überfordert. Deshalb steigt die Zahl der Tiere, die in Tierheimen oder Auffangstationen abgegeben werden. Und zunehmend werden ausgesetzte Wildtiere aufgefunden.

#### Wildtierhandel und -haltung einschränken

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben gemeinsam einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/13712). Ursprünglich sollte dieser Antrag von allen Bundestagsfraktionen getragen werden, doch die Koalitionsfraktionen haben einen Rückzieher gemacht.

SPD und Grüne wollen den Wildtierhandel nach Deutschland und nach Europa einschränken. Zudem sollen die Arten in den Herkunftsländern geschützt werden. Die Bundesregierung soll

sich dafür einsetzen, dass die Einfuhr von Wildfängen für den kommerziellen Lebendtierhandel in die EU verboten wird, wenn es sich um gefährliche Tiere handelt oder die Tiere gefährliche Krankheitserreger in sich tragen. Ebenso soll die Ausbreitung nicht einheimischer Tiere, die sich an die hiesigen Bedingungen anpassen und angestammte Arten verdrängen – so genannte invasive Arten – verhindert werden. Die Importe von "Nachzuchten" bzw. "Farmzuchten" sollen kritisch geprüft werden, um die Einfuhr falsch deklarerter Wildfänge auszuschließen. Der Handel mit Tieren, die nur in bestimmten Gebieten vorkommen – so genannte endemische Arten – soll verboten werden. Gleiches gilt für den Verkauf von Wildfängen über Tierbörsen. Wildtiere dürfen nur gehandelt und gehalten werden, wenn ihre Haltung unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist.

## GESUNDHEIT

### Wenn Arzneimittel knapp werden

Wie gut einem Jahr gibt es immer wieder Berichte, dass auf Grund von Lieferengpässen lebensnotwendige Arzneimittel in Krankenhausapotheken knapp werden oder fehlen. Besonders betroffen sind Antibiotika und Zytostatika, die für die Behandlungen von Krebs oder Autoimmunerkrankungen eingesetzt werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung will das Problem offenbar nicht sehen und unternimmt nichts dagegen. Die SPD hat als erste Fraktion dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/12847).

Die SPD-Fraktion schlägt ein zentrales Melderegister beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) bzw. beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI) vor. Arzneimittelhersteller sollen verpflichtet werden, erkennbare und zu erwartende Lieferengpässe schnellstmöglich dorthin zu melden. Damit sollen Transparenz und ein Überblick über den Umfang von Lieferengpässen geschaffen werden. So können der Großhandel, Krankenhäuser, Apotheken und die Ärzteschaft im Interesse von Patientinnen und Patienten besser informiert werden.

#### Mehr Rechte für Länder- und Bundesbehörden

Darüber hinaus sollen die Länderbehörden mit erweiterten Durchgriffsrechten gegenüber den Pharmaunternehmen und Großhändlern ausgestattet werden, um so die Arzneimittelversorgung sicherzustellen. Dazu zählt z. B. die Anweisung, die Produktionskapazitäten auszuweiten oder bestimmte Großhändler und Krankenhäuser vorrangig zu beliefern. Außerdem soll angeordnet werden können, dass die Pharmahersteller Nachweise über die Herstellung, den Bezug und die Abgabe des Arzneimittels vorzulegen. Des Weiteren sollen der Bereitstellungsauftrag für Arzneimittelhersteller erweitert und präzisiert werden. So sollen die Produzenten wichtige Arzneimittel für mindestens sechs Monate vorrätig halten. Gegen Unternehmen, die aus Profitabsichten wichtige Medikamente vom Markt nehmen und damit schwerkranken Patientinnen und Patienten schaden, wollen die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen vorgehen. Dazu sollen die Bundesbehörden diesen Unternehmen den Patentschutz für den Wirkstoff und den Anwendungsbereich gegen eine angemessene Entschädigung entziehen und die Rechte für die Nutzung durch andere Hersteller freigeben.



## ENQUETE-ABSCHLUSS

### Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Aufgabe der von Rot-Grün initiierten Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ war es, Lehren aus den Krisen der vergangenen Jahre zu ziehen und Vorschläge zur Bewältigung der großen Herausforderungen der Zukunft zu erarbeiten. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Vor allem die Vorschläge von SPD und Grünen zeigen Weichenstellungen für eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft auf.

Rot-Grün beschreibt mit den Empfehlungen Wege zu einem tragfähigen Wohlstandsmodell, bei dem soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander in Einklang gebracht werden. Zukunftsfähige Politik braucht ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung. Da bei geht es nicht um „Wachstum ja oder nein“, sondern um Antworten darauf, wie eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.

#### Ein neuer Wohlstandsindikator

Mit dem neuen Indikatorenmodell sollen Wohlstand und Lebensqualität besser abgebildet werden. Ökonomie, Soziales und Ökologie sind dabei gleichberechtigte Zielgrößen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Kommission:

- Wachstum ist kein Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck. Die aktuellen Finanzreformen greifen zu kurz.
- Strengere Eigenkapitalanforderungen, eine wirkungsvollere Regulierung des Schattenbankensystems, eine Reform der Vergütungssysteme und eine kompetente Europäische Bankenaufsicht sind notwendig.
- Finanzpolitik ist nur zukunftsfähig, wenn mit den Einnahmen des Staates dauerhaft die wichtigen öffentlichen Aufgaben, wie z. B. Bildung gestaltet werden können.
- Wachstum ist nur im Rahmen der planetarischen Umweltgrenzen möglich.
- Eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs ist daher notwendig. Eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist durch die vielfach eintretenden Rebound-Effekte nicht ausreichend. Das heißt, dass Einsparungen, die z. B. durch effizientere Technologien entstehen, durch vermehrte Nutzung und Konsum stets überkompensiert werden.
- Effizienzmaßnahmen müssen durch Konsistenz (Stoffkreislauf) und Suffizienzmaßnahmen (freiwillige Verhaltensanpassung) ergänzt werden.

SPD und Grüne wollten noch mehr erreichen:

- Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern die Etablierung eines Trennbankensystems und darüber hinaus die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für stabilere Finanzmärkte.
- Eine gerechte Einkommens- und Vermögensbesteuerung ist geboten.
- Der demografische Wandel ist kein Sachzwang, der sozialpolitische Errungenschaften in Frage stellt und Ausgabenkürzungen notwendig macht. Deshalb benötigen wir u. a. eine breite Finanzierungsbasis für die Sozialversicherungen, z. B. durch Einführung der Bürgerversicherung, Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und bessere Qualifizierung jugendlicher Zuwanderer.
- Um die Nachhaltigkeit von Arbeitswelt, Lebensstilen und Konsumverhalten zu erreichen, ist eine Politik der Ermöglichung notwendig. SPD und Grüne verfolgen dabei u. a. das Ziel der guten Arbeit, einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt, die Einführung des Mindestlohns und neue Arbeitszeitmodelle, die mehr Zeitsouveränität schaffen.

- Bildung ist der entscheidende Faktor für die Nachhaltigkeit von Lebensstilen und Konsumverhalten.
- Eine Mehrebenen-Strategie ist nötig: Neben globalen Klimaverhandlungen muss auch die europäische und nationale Ebene genutzt werden; Deutschland und Europa müssen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Eine sozial-ökologische Transformation ist notwendig. Dazu bedarf es einer exzellenten Wissenschaft und einer leistungsfähigen und hochmodernen Wirtschaft.

## VERANSTALTUNGEN

### **Betriebsrätekonferenz: Gute Arbeit braucht eine neue Regierung**

Mehr als 200 Betriebsräte aus ganz Deutschland sind am Mittwoch nach Berlin gekommen, um sich mit Frank-Walter Steinmeier, Klaus WieseHügel und anderen Politikern und Expertinnen über eine zukunftsfähige Politik für gute Arbeit auszutauschen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier erläuterte das Leitbild der SPD-Fraktion für ein gerechtes und solidarisches Deutschland im Jahr 2020. Gute und gesunde Arbeit mit Mindestlöhnen und ohne unnötige Befristungen sind dabei zentrale Forderungen der SPD-Fraktion.

Klaus WieseHügel, Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, appellierte an Gewerkschaften und Sozialdemokraten, zusammenzuhalten. Er forderte, nach einem Regierungswechsel als erstes den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg zu bringen. Weitere wichtige Themen seien die Jugendarbeitslosigkeit – nicht nur in Europa –, die Entgeltgleichheit sowie die Rente.

Professor Wedde von der Europäischen Akademie der Arbeit erklärte, wie die betriebliche Mitbestimmung verändert werden könnte, um auch in der digitalisierten Arbeitswelt zu funktionieren. Um Dauerstress vorzubeugen, seien etwa Betriebsvereinbarungen darüber wichtig, wann Mitarbeiter per Mail oder Telefon erreichbar sein müssen.

#### **Beschäftigtendatenschutz gründlich ausbauen**

Der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, sagte, nach zwei Jahrzehnten Massenarbeitslosigkeit sei es an der Zeit, das Betriebsverfassungsgesetz zu stärken. Dieses Instrument müsse modernisiert werden.

Wie Wedde befasste sich auch die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin mit Herausforderungen der Digitalisierung. Der Beschäftigtendatenschutz müsse gründlich ausgebaut und überarbeitet werden, damit die moderne Technik ihn nicht überrollt. Däubler-Gmelin erinnerte daran, dass die Sozialdemokraten zusammen mit den Gewerkschaften und Betriebsräten die von Schwarz-Gelb geplanten Verschlechterungen beim Beschäftigtendatenschutz verhindert haben.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht außer Frage: Die Arbeitswelt muss wieder menschlicher werden. Arbeitskraft ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Es geht um Menschen mit ihren Bedürfnissen. Die Politik muss den gesetzlichen Rahmen schaffen. Gewerkschaften und Betriebsräte sind gefragt, wenn es darum geht, durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen für humane Arbeitsplätze zu sorgen.

In zahlreichen Wortbeiträgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde deutlich, dass ein politischer Wechsel notwendig ist, um bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit zu schaffen. Die Regierung Merkel verspreche viel und halte nichts. Vier Jahre Schwarz-Gelb waren vier verlorene Jahre für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## Kommunalkongress: SPD an der Seite der Kommunen

Auf dem alljährlichen Kommunalkongress des Städte- und Gemeindebundes haben sich Vertreter der fünf im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Diskussion über zukünftige Herausforderungen und Politikschwerpunkte getroffen.

Angesichts der dramatischen Lage in den überfluteten Städten und Gemeinden in Bayern und weiten Teilen Ostdeutschlands drehte sich das Gespräch zunächst um die notwendigen Hilfsmassnahmen für die Betroffenen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderte die Bereitstellung von Geld aus dem Bundeshaushalt zur Hilfe für die Opfer. Entscheidend sei, dass diese Gelder fair und vor allem schnell verteilt würden. Er erinnerte daran, dass die SPD-geführte Bundesregierung 2002 bei der damaligen Jahrhundertflut mit der Einrichtung von Kuratorien gute Erfahrung gemacht habe. Dadurch sei die Hilfe zügig und unbürokratisch bei den Betroffenen angekommen.

Über die aktuelle Hochwasserkatastrophe hinaus wollten die Anwesenden von den Politikvertretern vor allem wissen, was die Kommunen in Zukunft von der Bundespolitik zu erwarten haben. Steinmeier bat darum, den Blick zunächst in die Vergangenheit zu richten. Versprechen in die Zukunft könne jeder geben - die SPD habe allerdings bereits mehrfach bewiesen, dass sie auf der Seite der Kommunen stehe: etwa, als sie gegen den Widerstand der CDU für den Erhalt der Gewerbesteuer gekämpft oder als sie die Sparkassen vor dem Privatisierungswahn der Marktliberalen gerettet habe. Auch das Konjunkturpaket II sei auf Betreiben der SPD als kommunales Investitionsprogramm ausgestaltet worden. Damit wurden in den letzten Jahren vor Ort Straßen ausgebessert und Kindergärten und Schulen saniert.

Während die SPD dafür kämpfe, die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu erhalten, habe Schwarz-Gelb nichts anderes getan, als erfolgreiche Programme wie die Städtebauförderung oder das Programm Soziale Stadt kaputtzusparen.

Auch für die Zukunft stehe die SPD an der Seite der Kommunen, stellte Steinmeier klar. Im Regierungsprogramm seien kommunalpolitische Forderungen prominent vertreten.

Zu den Forderungen und Maßnahmen gehört:

- Die SPD stärkt die Finanzkraft der Kommunen und entlastet sie von Sozialausgaben.
- Schließen eines Investitions- und Entschuldungspakt, der vor allem strukturschwachen Kommunen zugute kommt.
- Das Kooperationsverbot abschaffen und für einen solidarischen Föderalismus einsetzen, der die Ressourcen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben bündelt.
- Das Betreuungsgeld abschaffen, die Mittel in den Kitausbau investieren und ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagschulen schaffen.
- Die Städtebauförderung wieder ausbauen und die Mieterinnen und Mieter mit einem Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen stärken.
- Den ländlichen Räumen durch gezielte Investitionen in die Gesundheits- und Breitbandversorgung neue Chancen eröffnen.

- Den Zugang zu öffentlichen Gütern sichern, indem die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten bleiben und sie gegen Privatisierungszwänge verteidigt werden.
- Die Energiewende als dezentrales Projekt umsetzen, bei dem Kommunen und Stadtwerke als Planungsträger, Erzeuger und Versorger eine maßgebliche Rolle spielen.
- Für die Integration von Langzeitarbeitslosen wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen und öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen.
- Als Zuwanderungsland die Kommunen bei Integrationsmaßnahmen unterstützen und mit einem Sofortprogramm jenen Städten helfen, die von Armutszuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffen sind.

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>